

Unrecht per Gesetz

von Eva Baumgärtner, Jerusalem

Wenn Iman den Reißverschluss ihres Zimmers aufzieht und ihren Kopf durch den Stoffspalt steckt, dann erblickt sie einen Berg aus Schutt. Irgendwo darin liegt auch ihre Tür. Vor knapp zwei Monaten hatte ihr Zimmer noch eine. Doch seit das Haus der Familie Kastero in Trümmern liegt, wohnt die 18-Jährige in einem Zelt. Hier wird zusammen gegessen, gespielt und nachts der Matratzenstapel auseinandergezogen. Wer dann Platz findet, der nimmt ihn sich. Seit Anfang Februar geht das nun so, seit das zweistöckige Wohnhaus abgerissen wurde. Iman, die Eltern und die drei Brüder hatten ein Appartement in dem Haus. Genauso wie ihr Onkel Afeef mit seiner Familie. Als die Bulldozer kamen, war Iman an der Universität, sie studiert Jura. Doch ihre Familie erzählte ihr später was passiert ist, immer wieder.

Die, die zu Hause waren, hatten fünf Minuten, um zu packen. Die Nachbarn durften nicht helfen, nur zusehen. Fünf Minuten. Die Fotos schafften es nicht rechtzeitig durch die Tür, auch nicht die Stühle oder die Couch. Fünf Minuten. Das heißt Papiere greifen, die Kinder an die Hand nehmen und laufen. Zum Erinnerungen sammeln bleibt da keine Zeit. Nach einigen Stunden ist alles vorbei. Das Haus, das die Kasteros vor zwölf Jahren gebaut haben, liegt auf dem Boden. 37 Menschen wohnen jetzt in den Zelten, die das Internationale Rote Kreuz danach brachte.

Die Familie lebt in Beit Hanina, einem palästinensischen Viertel in Jerusalem. Hier rücken die Bulldozer immer öfter an, unter Aufsicht der israelischen Armee und der Polizei. Die meisten Häuser sind hier ohne Erlaubnis gebaut. Warum die Familien trotzdem bauen? Die Antwort ist so einfach wie komplex. „Wir bekommen keine Erlaubnis“, sagt Afeef Kastero. Das ist der einfache Teil. Der komplexe hingegen

gleich einem Gestrüpp aus Regularien, undurchsichtig, wuchernd – dessen Samen im ganzen Land aufgeht.

Meir Margalit, Mitglied der Stadtverwaltung in Jerusalem, erklärt die Stolpersteine. Der erste ist der Vergangenheit geschuldet. Unter ottomanischer Herrschaft wurde Land zum ersten Mal amtlich erfasst. Doch oft haben die Eigentümer nur einen Bruchteil registrieren lassen – um Steuern zu sparen. Außerdem stellte niemand ihren Anspruch in Frage. „Mein Land beginnt bei diesem Olivenbaum und endet bei diesem Mandelbaum“, erklärt Margalit die Maßeinheit damaliger Zeit. Doch als 1967 Ostjerusalem erst besetzt und dann annektiert wurde, entpuppte sich die Nachweispflicht als klarer Vorteil für die israelische Regierung. Nur rund ein Drittel der Landfläche in Ostjerusalem war zu diesem Zeitpunkt urkundlich palästinensischer Boden. Eine nachträgliche Registrierung ist seither nicht mehr möglich – und Land ohne anerkannten Eigentümer wird zu israelischem Staatsland erklärt.

Doch selbst wenn die Papiere stichhaltig sind, liegt das eigene Haus noch in weiter Ferne. Der Preis für die Baulizenz steht noch aus. Durchschnittlich 20.000 Dollar kostet die. Da jedoch 75 Prozent der Palästinenser in Jerusalem unter der Armutsgrenze leben, können sich viele Familien den offiziellen Weg nicht leisten. Das Resultat: Bauen ohne Genehmigung. Wenn die Inspektoren der Stadtverwaltung dann ausschwärmen, suchen sie nach eben diesen Häusern. Vor fünf Jahren sind sie auf das Haus der Kasteros gestoßen. 2000 Schekel (ca. € 400) an Ordnungsgeld muss die Familie seither pro Monat bezahlen, dafür dass keine Genehmigung vorliegt. 120.000 Schekel (ca. € 25.000) lautet der Gesamtbetrag. Das Geld wird auch jetzt noch fällig – und das, obwohl es kein Haus mehr gibt. Hinzu kommen noch die Kosten für die Bulldozer und den Militär- und Polizeieinsatz. Die Rechnung steht noch aus. Nicht selten greifen Familien daher selbst zum Hammer, reißen ihr Heim

eigenhändig nieder. Damit sollen zumindest die Kosten für das Abrisskommando gespart werden. „Die ganzen Gesetze dienen lediglich dazu den Palästinensern ihr Land wegzunehmen“, sagt eine Anwältin, die nicht mit Namen genannt werden möchte. Und diese Gesetze sind erfolgreich. Israelische Siedlungen nehmen mittlerweile ein Drittel Ostjerusalems ein. Gesetzliches Unrecht, dem die perfide Strategie zu Grunde liegt, die Palästinenser aus der Stadt zu vertreiben. „Noch machen sie rund 38 Prozent der Bevölkerung in Jerusalem aus, im Jahr 2020 jedoch werden sie die Mehrheit sein“, sagt Margalit. Für ihn, der Mitglied der sozialdemokratischen Meretz Partei ist, dienen die Politiken dem Ziel diese demografische Entwicklung aufzuhalten und eine jüdische Mehrheit zu gewährleisten. „Niemand wird sagen, du bekommst keine Genehmigung weil du Moslem bist“, sagt Margalit. Das muss auch niemand sagen, die Gesetze sprechen für sich.



Imans neues zu Hause – das Zelt.

Gehen werden die Kasteros deshalb aber nicht – auch wenn jetzt alles so anders ist. So viel schlechter als zuvor. Die Männer sind wütend, fühlen sich machtlos. Imans Vater sitzt zwischen seinen Kindern auf den gestapelten Matratzen. Sein Blick klebt am Boden, er wippt apathisch vor und zurück. Das große Medienecho ist verpufft. Die Journalisten, die die ersten Tage hierher kamen, mit Kameras und Stiften, die aufschrieben was passiert ist und die

Gesichter der Kinder filmten, sie sind schon bei der nächsten Geschichte. „Sie kamen, wollten Informationen und dann sahen wir sie nie wieder“, sagt Iman ernüchtert. Die Familie hofft, dass es irgendwann besser wird. Solange helfen die Nachbarn mit, bringen Wasserflaschen und Gemüse vorbei. Gehen werden die Kasteros nicht, wo sollten sie auch hin? „Das ist unser Land“, sagt Afeef Kastero. „Wir bleiben.“

Quelle: „Eyewitness.“ Berichte des „Ecumenical Accompaniment in Palestine and Israel“ (EAPPI). Auszug aus einem längeren Bericht Eva Baumgärtners.
